



Vorab:

Als ich diesen Aufsatz begonnen habe, schien mir die Thematik zwar wichtig und wegen der aktuellen Entscheidungen von EZB, Fed und Bundesverfassungsgericht irgendwie „wiederholenswert“, aber nicht akut bedrohlich.

Als ich am Ende angekommen war, hatte sich das geändert und ich spielte ernsthaft mit dem Gedanken, den Text unveröffentlicht im Papierkorb zu versenken. Trotz des sehr ungutes Gefühls, das mich dabei beschlichen hat, stelle ich den Aufsatz heute dennoch als Pauenschlag online. Ausdrücklich nicht mit der Aufforderung, in Panik zu geraten, sondern als Anstoß, sich mit der Thematik selbst auseinanderzusetzen, sich ein eigenes Urteil zu bilden und sich klug auf alle Eventualitäten einzustellen, auch darauf, dass es ganz anders oder gar nicht kommt.

Das vorab, von hier an folgt der ursprüngliche Gedankengang, so wie er sich entwickelt hat.

PaD No. 28 /2019 vom 1. August 2019

Völker hört – die Zins-Signale

Die Sparer zahlen die Zeche?

(Die kleinen Sparer schon.)

Die klugen und weisen Nationalökonomern, die so manchen Blödsinn erzählen, wenn der Tag lang ist, weisen stets darauf hin, dass Notenbanken unabhängig zu sein hätten, weshalb ihnen „der Staat“ ebensowenig dreinreden dürfe, wie sie Staat und Volkswirtschaft durch ihre Geldpolitik „stützen“ dürfen.

Das wäre, wenn es ihnen wirklich um das Wohlergehen der ganzen Volkswirtschaft, einschließlich „Volk“ ginge, heller Blödsinn, weil

a) die Versorgung einer Volkswirtschaft mit mindestens ausreichender Liquidität viel zu wichtig ist, um ausgerechnet den Staat, also die gewählte Regierung, davon auszuschließen, und

b) die Zentralbanken der kapitalistischen Welt, so wie sie organisiert und verfasst sind, ohne die freiwillige Mitwirkung der Geschäftsbanken gar nicht in der Lage sind, die Liquiditätsversorgung von Staat und Volkswirtschaft wirksam zu beeinflussen.

Wenn die klugen und weisen NationalökonomInnen also die Stirn runzeln, weil Trump die vom Staat ach so unabhängige Federal Reserve Bank drängt, die Leitzinsen zu senken und wenn sie zugleich heulend und zähneklappernd die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, weil die EZB alles daran setzt, den Marsch in die Untiefen der Negativzinsen fortzusetzen, dann erinnert das ein bisschen an Pontius Pilatus beim Waschen der Hände in Unschuld, denn diese Warnungen dienen nur dazu, Laien und selbst Fachleute in maximale Verwirrung zu stürzen und dabei zu verbergen, was eigentlich wirklich gespielt wird.

Zins – warum und wofür? Vordergründig.

Zins ist nicht gleich Zins, weil auch Geld nicht gleich Geld ist.

Der „Sparer“, der Geld angesammelt hat,

und dieses Geld einem anderen zur Verfügung stellt, trennt sich mit dem Akt des Verleihens von der Verfügungsgewalt über sein Vermögen und überträgt sie einem anderen. Dies geschieht sowohl, wenn Omi Müller ihre gesparten Scheine aus der zweckentfremdeten Kaffeekanne holt und sie ihrem Enkel in die Hand drückt, der felsenfest verspricht, diesen Kredit sobald es ihm möglich ist, zurückzuzahlen, als auch wenn Omi Müller ihre gesparten Scheine zur Bank trägt, um ihr Sparguthaben aufzustocken.

Solche „Sparer“ können sich mit einem Hauch von Recht darauf berufen, der Zins, den sie fordern, sei die Entschädigung für den Konsumverzicht, für die entgangenen Freuden, die sie hätten genießen können, hätten sie das Geld nicht gespart, sondern verkonsumiert. Dieser Hauch von Recht ist bei Omi Müller, die sich tatsächlich so manches zusätzliche Stück Torte – mit Sahne – hätte leisten können, wenn sie nicht gespart hätte, noch ziemlich stark. Bei Menschen, die sehr große Vermögen angehäuft haben, die auch bei größter Anstrengung nicht mehr

verkonsumierbar sind, handelt es sich um eine reine Schutzbehauptung, hinter der nur die Gier nach noch mehr leistungslosem Einkommen verborgen wird.

Die Bank, die Kredite vergibt,

ohne Eigentümer des verliehenen Geldes zu sein, weil sie es mit einem reinen buchhalterischen Trick im Augenblick des Verleihens erst schafft, und zwar nur als ein Guthaben, nur als eine Zahl auf einem Konto, trennt sich mit dem Akt der Kreditvergabe nicht von ihrem Vermögen. Im Gegenteil: Ihre Verfügungsgewalt über ihr tatsächliches Vermögen verändert sich überhaupt nicht. Kreditgewährung ist „nur Bilanzverlängerung“. Wenn man das aus dem Kredit geschaffene Guthaben und die mit dem Kredit eingegangene Schuld gegenüberstellt, dann saldiert sich beides zu null.

Nur wenn der Kreditnehmer den Kredit nicht tilgt, erleidet die Bank einen Vermögensschaden, weil das gewährte Guthaben nämlich vom Konto des Kreditnehmers verschwunden ist, die „uneinbringliche“ Forderung aber noch in den Büchern steht und letztlich unter Schmälerung des Eigenkapitals ausgebucht werden muss.

Ein ehrlicher Banker wird also niemals behaupten, der Zins, den er von den Kreditnehmern fordert, sei eine Prämie für seinen Konsumverzicht. Ein wirklich ehrlicher Banker wird noch nicht einmal versuchen, zu erklären, es handle sich um den Konsumsverzicht der Sparer, die Einlagen bei seiner Bank halten, weil er ja deren Geld gar nicht verleiht, auch wenn es beim flüchtigen Hinschauen so aussieht; ein ehrlicher Banker wird erklären, der Zins decke einerseits die Kosten des Kreditgeschäfts seiner Bank, schließlich kosten Gebäude, Mitarbeiter und Computer laufend Geld, der Zins sei außerdem dazu da, Kreditausfälle zu kompensieren, und – nun ja – wenn dann noch etwas übrig bleibt, dann sei das eben sein Gewinn, nicht anders als wenn ein Molkereibesitzer nach Abzug aller Kosten aus dem Verkauf von Milch, Joghurt und Käse einen Gewinn übrig behält.

Zins – warum und wofür? Hintergründig.

Die klugen und weisen Nationalökonomien, die so manchen Blödsinn erzählen, wenn der Tag lang ist, weisen stets darauf hin, dass einzig der Zins dafür Sorge, dass das knappe Gut „Geld“ stets dahin fließe, wo es den größten Nutzen stifte und sprechen dabei von der segensreichen Allocationskraft des Zinses. Auch das ist heller Blödsinn, denn der Zins sorgt nicht dafür, dass das knappe Gut Geld den größten Nutzen stiftet, sondern dafür, dass nur die profitabelsten Geschäfte

finanziert werden, also z.B. die Luxussanierung von Mietwohnungen in begehrten Innenstadtlagen statt dem Neubau von Sozialwohnungen.

Diese Allocationskraft wirkt umso stärker, je höher die geforderten Zinssätze sind, weil der nach Zinsen übrig bleibende Gewinn mit steigenden Zinsen bei immer weniger Geschäftsideen ausreicht, um ein entsprechendes Unternehmen erfolgreich und mit einem nach Steuern und Zinsen für den Unternehmer verbleibenden Gewinn zu betreiben.

Bei sinkenden Zinsen, so die Theorie, werden immer mehr Geschäfte zu lohnenden Geschäften, es wird zu immer mehr Unternehmensgründungen kommen, die Konjunktur springt an, die Arbeitslosigkeit sinkt, die Wirtschaft blüht und selbst kaum mehr rentable Unternehmen können sich noch mühelos über Wasser halten.

Das alles stimmt allerdings nur, solange der Geldwert stabil bleibt. Leidet eine Volkswirtschaft unter Inflation, sieht die Rechnung ganz anders aus, denn während ringsum Löhne und Preise steigen, ändert sich der Nominalwert eines Kredites nicht, so dass für den Schuldner sowohl Zins als auch Tilgung mit der Zeit immer leichter zu schultern sind, während die bereits erwähnte Omi Müller tatsächlich, in Bezug auf die Kaufkraft ihrer Ersparnisse, immer ärmer wird. Nicht so die Bank, die einen Kredit vergeben hat. Ihr Vermögen hat sich nicht geändert. Es geht nur um die Zahlen auf dem Papier, und die bleiben gleich.

Soviel zur eingangs gestellten Frage: „Die Sparer zahlen die Zeche?“, und der relativierenden Antwort: „Die kleinen Sparer schon.“

Zur Kompensation des Kaufkraftverlustes der Sparer sollten also die Zinsen mit zunehmender Inflation steigen, das versteht noch jeder.

Dass aber umgekehrt, vor dem Hintergrund einer Deflation, die Zinsen auch wieder sinken sollten, um dem steigenden Geldwert nicht noch einen zusätzlichen Kaufkraftzuwachs durch hohe Zinsen zu bescheren, das wird oft vergessen.

Deflation und Negativzins

Der Negativzins wird von Geldtheoretikern und Komplementärwährungskonstrukteuren schon lange für erforderlich gehalten, um den Geldumlauf sicherzustellen. Wer sieht, wie sein Geld laufend weniger wird, so argumentieren sie seit Michael Unterguggenberger 1931 in Wörgl sein Notgeld in Umlauf brachte, der wird es ausgeben – und schon geht es allen wieder gut. Daher heißt der Negativzins bei denen auch nicht Negativzins, sondern „Umlaufsicherung“ und wird für unverzichtbar gehalten. Dabei war es (nach meiner Überzeugung) nur die

Tatsache, dass Unterguggenberger seiner Gemeinde überhaupt den Zugang zu Liquidität verschaffte, die das Aufblühen der Region – nicht wegen, sondern trotz der Umlaufsicherung des Freigeldes – hervorbrachte.

Es ist an dieser Stelle erforderlich, vor dem Negativzins noch einmal auf die Deflation einzugehen.

Ganz einfach gesprochen ist „Deflation“ ein Zustand, in dem zu wenig „Liquidität“ verfügbar ist, so dass das „Angebot“ an Waren und Leistungen trotz Bedarf nicht abgenommen werden kann, weil das Geld fehlt, um es bezahlen zu können. Bei genauerer Betrachtung stellt man jedoch fest, dass im Grunde genug Geld da wäre – aber eben nicht bei denen, die es für ihren ganz normalen Konsum brauchen und es für realwirtschaftliche Produkte einsetzen würden, sondern bei denen, deren realwirtschaftlicher Bedarf auch im Luxussegment weit übergedeckt ist, sodass das schöne Geld in „Geldanlagen“ steckt und gesteckt wird, was dazu führt, dass an den Börsen und Finanzmärkten die Inflation galoppiert, während die Realwirtschaft immer tiefer im Treibsand der Deflation versinkt.

Ist diese Spirale einmal in Gang gekommen, ist sie kaum mehr aufzuhalten. Eine wegen Liquiditätsmangel austrocknende Realwirtschaft verlockt nicht zum Investieren, weil die Chance auf eine gute Rendite in einem solchen Szenario weit aus kleiner ist als das Risiko des Kapitalverlustes durch Insolvenz, während es zugleich am Kapitalmarkt nur eine Richtung zu geben scheint: Nach oben.

Dass es sich bei den ewig steigenden Kursen um Inflation handelt, wenn man für eine Aktie X aktuell doppelt so viel ausgeben muss wie vor zwei Jahren, obwohl sich weder Umsatz noch Gewinn des Unternehmens positiv verändert haben, spielt keine Rolle – weil die Inflation auf die Finanzsphäre beschränkt bleibt und nur allmählich und mit Verzögerung auf Sachanlagen (Immobilien, Edelmetall, etc.) übergreift, während realwirtschaftlich nur ganz geringe Preissteigerungen zu erkennen sind. Der Börsianer profitiert primär wegen dieser unterschiedlichen Geldwertentwicklung von der Inflation der Assets. Denn an der Börse sind seine Kursgewinne wenig wert, weil so ziemlich alle angebotenen Anlagen die Teuerung mitmachen, doch kann er mit realisierten Kursgewinnen in der preisstabilen bis deflationären Realwirtschaft tatsächlich den Kursgewinn als Kaufkraftzuwachs für sich in Anspruch nehmen.

Dieses Phänomen, dass es innerhalb einer Volkswirtschaft zu einer absolut zweigeteilten Geldwertentwicklung kommen kann, wird von den klugen und weisen Nationalökonomen – soweit ich das feststellen kann – entweder nicht wahr- oder nicht ernstgenommen. Im Gegenteil: Es wurde und wird durch die von diesen Ökonomen empfohlenen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen der Regierungen erst hervorgerufen und dann eher noch verschärft.

Wer die Masse der Bedarfsträger alleine dadurch belastet, dass das Steueraufkommen zum ganz überwiegenden Teil aus der Besteuerung des Konsums, statt aus der Besteuerung der Einkommen generiert wird, und zudem im Interesse der Exportwirtschaft dafür sorgt, dass es über viele Jahre praktisch keine Reallohnsteigerungen gibt, schafft genau die Voraussetzungen, die realwirtschaftliche Investitionen für den Binnenmarkt riskant und wenig erfolgversprechend erscheinen lassen, während die deregulierten internationalen Finanzmärkte aufgrund der Fähigkeit, eine eng begrenzte, sektorale Inflation anzuzuleiten, immer weiter wachsende Renditen versprechen, die noch dazu außerhalb der Finanzsphäre in Sachwerten realisiert werden können.

Wie wirkt es sich nun aus, wenn die EZB einerseits Billionen billigen Geldes durch den Ankauf von Anleihen zur Verfügung stellt und zugleich auf die bei ihr gehaltenen Einlagen der Geschäftsbanken einen Negativzins erhebt?

Nun, es wirkt sich negativ aus.

Um das zu verstehen, muss man wissen, dass Zentralbankgeld aus dem Kontenkreis der Zentralbank nicht entfliehen kann. Es sei denn, die Banken ließen sich ihre Guthaben in Bargeld, also in Geldscheinen auszahlen, um diese Geldberge, die dafür eigens erst gedruckt werden müssten, in eigenen Tresoren zu verwahren, oder die Banken bzw. die Kunden der Banken würden Geld benutzen, um im Ausland mit Devisen einzukaufen. Die dritte Möglichkeit zu nutzen, nämlich eigene „Sicherheiten“ von der Zentralbank zurückzukaufen, ist in Zeiten, in denen die Zentralbank – koste es was es wolle – Anleihen ankauft, eine eher schizophrene Annahme.

Die Ansage, die Banken würden mit Negativzinsen beaufschlagt, um sie dazu zu bringen, Kredite auszureichen, statt Geld bei der Zentralbank zu parken, ist absoluter Schwachsinn! Im Gegenteil: Es ist aus technischen Gründen zu erwarten, dass der Bestand an Zentralbankgeld eher wachsen würde, wenn mehr Kredite ausgereicht werden.

Wenn die EZB also 2,6 Billionen Euro aus dem leeren Hut gezaubert, und diese 2,6 Billionen Euro jenen Banken auf ihren Zentralbankkonten gutgeschrieben hat, die ihr die Papiere verkauft haben, dann sind diese 2,6 Billionen Euro zu Zentralbankgeld geworden, das faktisch nicht aus der Welt geschafft werden kann, weshalb es dem Negativ-Zins schutzlos ausgeliefert ist.

Wozu brauchten so viele Banken soviel Zentralbankgeld?

Das ist die eigentlich spannende Frage – aber sie ist relativ einfach zu beantworten.

Die Zentralbank ist die Bank der Geschäftsbanken. Ohne eine Kontoführung für die Institute des Bankensystems wäre es unmöglich, dass ein Kunde der Bank A eine Überweisung an einen Kunden der Bank B vornehmen könnte. Es sei denn, die Banken würden zwischen sich entsprechende Bargeldtransporte durchführen.

Tatsächlich landen sämtliche Überweisungen, die zwischen den vielen Instituten täglich hin und her laufen, in einem Clearing-Prozess, in welchem die Geldbewegungen zwischen den Instituten saldiert werden und jeweils nur der Saldo zwischen zwei Instituten durch Buchungen auf den Zentralbankkonten ausgeglichen wird.

Wenn also die Gemischtwarenbank Nürnberg für ihre Kunden 10 Millionen Euro an die Kurzwarenkassa Würzburg überwiesen hat, während von der Kurzwarenkassa Würzburg 12 Millionen an die Gemischtwarenbank überwiesen wurden, dann wird die Differenz von 2 Millionen Euro vom einen auf das andere Zentralbankkonto übertragen und fertig ist die Laube.

Nun kann es jedoch vorkommen, dass die Geschäfte bei einer Bank so krumm gelaufen sind, dass ihr Zentralbankkonto die erforderliche Deckung nicht aufweist. Dann wird es erforderlich, eigene Geldanlagen – z.B. Staatsanleihen – zu verpfänden oder zu liquidieren, um das Konto wieder aufzufüllen. Dummerweise haben diese Anleihen nur so lange den aufgedruckten Wert, wie sie unberührt ihrem Fälligkeitstermin entgegenschlummern. Werden sie zwischenzeitlich angerührt und geweckt, entspricht ihr Wert nur dem gerade angesagten Marktwert – und der kann ziemlich niedrig sein, so dass so eine Bank, die in bester Absicht sehr viele italienische Staatsanleihen gekauft hat, ernsthaft in Schwierigkeiten geraten könnte, je boshafter „die Märkte“ die Kurse dieser Anleihen in den Keller drücken.

Zudem kann es sein, dass die italienische Bank, die eifrig italienische Staatsanleihen gekauft hat, miterleben musste, dass einige ihrer besten Kunden ihre Konten auflösten und viele Millionen auf Konten bei deutschen Banken transferierten, was das Zentralbankkonto dieser italienischen Bank durchaus belastete, obwohl diese Millionen dann an der italienischen (Zentralbank-) Grenze in den Target 2 Salden hängengeblieben sind.

Gut zu wissen, für die unschuldig notleidende italienische Bank, dass es da jemanden gibt, der ohne Rücksicht auf Verluste, koste es, was es wolle, diese Anleihen aufkauft, denn das ermöglicht es, auch weiterhin fleißig und im besten patriotischen Sinne in Anleihen des eigenen Staates zu investieren.

Um niemanden zu diskriminieren, muss die EZB natürlich allen Banken die gleiche Chance einräumen, ihre toxischen Papiere abzustoßen, auch denen, die kein Problem mit der Liquidität haben, sondern sich nur vorsorglich vom Schrott trennen wollen, den sonst niemand haben will. Die daraus zufließende Liquidität auf dem Zentralbankkonto ist jedenfalls besser – und sieht auch im Stresstest besser aus – als ein schlecht bewertetes Papier im Tresor. Außerdem kann man mit dieser Liquidität wieder neue Spekulationsspielchen treiben, was die Inflation an den Finanzmärkten weiter antreibt.

Natürlich handelt es sich beim Anleihekaufprogramm um nichts anderes als um eine verdeckte Kreditgewährung der EZB an die Geschäftsbanken. Weil dabei aber die „Sicherheiten“ nicht verpfändet, sondern verkauft wurden, hat es offiziell keinen Kredit gegeben. Doch die EZB hat damit zugleich auch noch das komplette Risiko aus den angekauften Papieren übernommen – und das lässt sie sich eben mit jenen 0,4 Prozent Negativzins bezahlen, die auf die Zentralbankguthaben erhoben werden.

Verrückt daran ist allerdings, dass mit dieser Konstruktion das Gespenst der Deflation in der Euro-Zone quasi in Bronze gegossen wurde und seitdem auf einem stabilen Granitsockel zur Schau gestellt wird.

Listige Bankmanager

haben in Deutschland bereits Kredite mit Negativzinsen angeboten – strikt limitiert, natürlich – aber mit der eiskalten Botschaft, dass es irgendwie besser sei, vom Schuldner nach zwei Jahren wenigstens noch 930 Euro Tilgung zu erhalten als die 1.000 Euro, die man jetzt hat, einfach zu behalten. Da kommt doch die Frage auf, ob unter Umständen eine Kreditschuld den erwarteten Crash des Euro besser überstehen könne als das Guthaben auf dem Girokonto oder die Scheine im Safe ...

Zu Ende gedacht heißt das, dass die Abschaffung des Bargeldes als gesetzliches Zahlungsmittel mit der Ausweitung von negativ verzinsten Krediten unvermeidlich wird, ebenso muss dem ein Verbot des Besitzes von Gold und anderen Edelmetallen folgen.

Klar, es heißt, es habe sich bloß um einen Marketing-Gag gehandelt, man wollte als Bank auf sich aufmerksam machen. Doch da hätte es durchaus viele andere, vermutlich sogar wirksamere Möglichkeiten gegeben. Für mich handelt es sich bei den Krediten „Nimm 1.000 – zahle 9xx zurück!“ nicht um einen Marketing-gag, sondern um ein Signal.

Listige Bankmanager

haben zugleich damit begonnen, ihren Großeinlegern keine Zinsen mehr gutzuschreiben, sondern ihrerseits Strafzinsen zu erheben. Das sei immer noch billiger als sich selbst einen entsprechend großen Safe anzuschaffen und bewachen zu lassen, und zudem würde der Kaufkraftgewinn die Strafzinsen doch auch wieder ausgleichen ... Es droht die Ausweitung dieser Praxis auf alle bei Banken gehaltenen Guthaben, auch beim kleinsten Sparer.

Zu Ende gedacht heißt das, dass die Abschaffung des Bargeldes als gesetzliches Zahlungsmittel mit der Ausweitung von negativ verzinsten Guthaben unvermeidlich wird, ebenso muss dem ein Verbot des Besitzes von Gold und anderen Edelmetallen folgen.

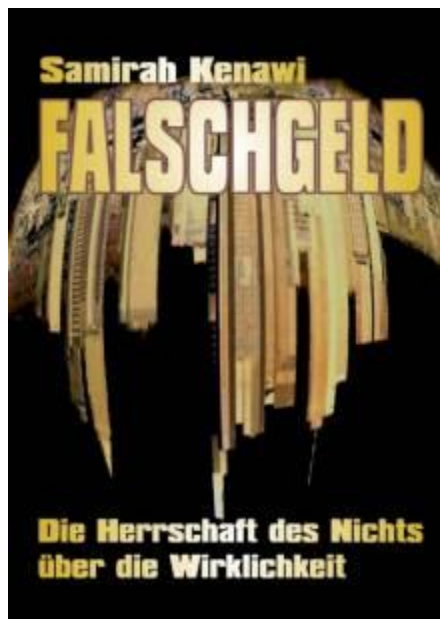
Der brave deutsche Steuerzahler nimmt den Negativzins durchaus verwundert zur Kenntnis, bestaunt ihn, wie man ein Kalb mit zwei Köpfen bestaunt, sagt zu seiner Frau: „Da schau mal, was es nicht alles gibt!“, und wendet sich – die Sache schnell vergessend – erheitert der Sportschau und dem Feierabendbier zu.

Dabei ist im Grunde nur noch eine Schlussfolgerung möglich:

**Wenn Banken auf diese Weise signalisieren,
dass sie keinen Wert mehr darauf legen, das Geld von Anlegern einzusammeln,
dass sie auch keinen Wert mehr darauf legen, im Kreditgeschäft Zinsgewinne zu erwirtschaften,
dass sie im Grunde also den eigentlichen Geschäftsbetrieb als Kreditinstitute klammheimlich einstellen,
dann kann davon ausgegangen werden,
dass der ganz große Crash ernsthaft in Vorbereitung ist.**

Eine lang anhaltende Deflation in der Realwirtschaft der gesamten EU, die nur durch wüste Finanzmanipulationen der Zentralbank, in Abstimmung mit der Kommission, in Abstimmung mit mindestens einem nationalen Finanzminister so „beherrscht“ werden konnte, dass die Gewinnansprüche des Finanzkasinos mit immer mehr frisch gedruckter heißer Luft befriedigt werden konnten, weil aus der Realwirtschaft und den Staatshaushalten – außer in Deutschland – kaum noch „Kapitalerträge“ generiert werden konnten, lässt nun auch für den letzten Mohikaner erkennbar werden, dass es für das immer noch anhaltende Wachstum des

nominalen Reichtums der Superreichen keine andere Quelle mehr gibt als die Notenpresse –



dass das gesetzliche Zahlungsmittel aus der Fälscherwerkstatt stammt und den Begünstigten dreist die Sachwerte zusammenkauft, ohne dass diese selbst Werte geschaffen hätten.

[\(Samirah Kenawi – Falschgeld, Die Herrschaft des Nichts über die Wirklichkeit – noch 17 Exemplare verfügbar\)](#)

So, wie im Augenblick alle Indikatoren für die deutsche Wirtschaft nach Süden zeigen,

- nicht nur, aber auch weil Donald Trump der Globalisierung schwere Knüppel zwischen die Beine wirft,
- nicht nur, aber auch weil wildgewordene Klimapaniker die Energieversorgung und die Mobilität und damit die Investitionssicherheit schwer beschädigen,
- nicht nur, aber auch weil eine Regierung ohne Sachverstand zugelassen hat, dass der Sachverstand der Ministerien an externe Berater outsourct wurde und nun nicht mehr zur Verfügung steht, wenn er wegen der Kritik des Rechnungshofes nicht mehr bezahlt werden kann,

könnte der sich bereits abzeichnende und spätestens im nächsten und übernächsten Jahr eintretende massive Einbruch des BIP ausreichen, um den DAX ins Taumeln zu stürzen und so viele notleidende Kredite hervorzubringen, dass die instabile deutsche Bankenlandschaft sich mit einem großen Knall in Rauch auflöst. Damit wären sicherlich auch alle eventuell in den Büchern der Deutschen Bank noch verborgenen Risiken elegant ausradiert, während kein Rettungsschirm auch nur annähernd groß genug wäre, um den bis an alle EU-Außengrenzen und hier und da auch darüber hinaus jagenden Domino-Effekt noch aufzuhalten.

Heerscharen von Geiern, von überall her kommend, werden den Himmel verfinstern und sich der mobilen und immobilien Sicherheiten und Pfänder bemächtigen

und die Börsen für ein Butterbrot leerkaufen, während die GroKo in den Wirren der Straßenkämpfe zwischen Plünderern und Sicherheitskräften, zwischen Antifa und Bürgerwehren, zwischen arabischen Clans und chinesischen Triaden in Panik nach Südamerika flüchtet und die Reste des Staatsapparates nicht mehr die Kraft aufbringen, Neuwahlen, beziehungsweise überhaupt noch etwas zu organisieren.

Wenn dann die Präsidentin der EU Kommission beschließen sollte, das längst grenzenlose und nun auch führungslose Gebiet mit allen, die schon länger oder weniger lange da leben, zu seinem eigenen Schutz und Vorteil mit Unterstützung von UN-Blauhelmen unter EU-Kommissions-Verwaltung zu stellen, dann (Preisfrage):

- sind die Renten sicher.
- hat sich die Sache mit dem Friedensvertrag, der Feindstaatenklausel und dem Artikel 146 endgültig erledigt.
- sind endlich die Vereinigten Staaten von Europa geschaffen und Amis, Chinesen und Russen dürfen sich warm anziehen.
- werden wir froh sein, wenn wir mitten in der Nacht schweißgebadet aufwachen und feststellen, dass alles nur ein Albtraum war.